

Günther Meyer, Roland zu den Alten Pflichten 25.02.2009

(Meister vom Stuhl Lessing an der Delme)

Vortrag: Washington Consensus

[Ehrwürdiger Meister, würdige und geliebte Brr.]

1. (Einleitung)

„Das Geld, das man besitzt, ist das Mittel zur Freiheit, dasjenige, dem man nachjagt, das Mittel zur Knechtschaft.“

Jean-Jaques Rousseau (1712-1778), der Urheber dieses Zitats, soll weder ein besonders sympathischer Mensch gewesen sein noch haben seine Vorstellungen von Staat und Gemeinschaft rechten Segen gebracht. Aber er trägt zumindest wohl zum Teil das Schicksal vieler Autoren: Er ist in mancherlei Hinsicht missverstanden und seine Ideen sind missbraucht worden.

Rousseau lebte nicht in einer globalisierten Welt, aber er lebte schon in der Nachwelt der großen Entdeckungen weit entfernter und nicht vermuteter Länder und Kontinente. Und wer weiß, vielleicht hat er diesen Satz auch schon in dem doppelten Sinn verstanden, wie ich ihn heute interpretieren möchte. Denn möglicherweise hatte er Kenntnis von den grausamen Überfällen auf die einheimische Bevölkerung durch die den Entdeckern nachfolgenden Expeditionen, die nur ein Ziel hatten: Gold, Besitztümer und Land zu erobern. Zum Wohl des jeweiligen Herrschers und seiner Untertanen.

Unter die Knechtschaft der Jagd nach dem Geld gerieten dabei aber nicht nur die überfallenen Völker, sondern die Besetzer selbst, die die Rache der Unterdrückten zu fürchten hatten. Doch nicht nur die Angst schränkte sie ein, sondern insbesondere die unstillbare Gier nach dem Mehr: mehr Besitz, mehr Anerkennung, mehr Macht.

So brachte also schon vor langer Zeit – und sicher bereits lange vor der Zeit der Entdeckungen – die Suche nach Besitztümern beiden Seiten die Knechtschaft, wobei die ausgebeuteten Menschen körperlich mehr zu leiden hatten als ihre Ausbeuter.

Im Herbst 2008 hatte ich am Rande eines Bänker-Immobilien Symposiums in München sehr viele Gespräche, in denen es unter anderem auch um die Frage des Umgangs miteinander im Business ging. Als Bank-Riskmanager in der unternehmerischen Verpflichtung habe ich täglich mit vielen Kundenkontakten zu tun und es geht natürlich immer um Geld. Es geht immer um Gewinn und Verlust. Hier habe ich nicht ausschließlich, aber sehr oft mit Existenz bedrohenden Situationen meiner Kunden zu tun, manchmal mit dem Ziel die Existenz zu sichern. Immer aber stehen Menschen und ihre persönlichen Schicksale hinter den Geschäften.

Während meiner vielen Gespräch kamen wir von unseren persönlichen Erfahrungen in der Geschäftswelt auch immer wieder auf die internationale Wirtschaftslage und Verflechtungen zu sprechen. Hier stellt sich ganz besonders in diesem Zusammenhang die Frage nach Ethik und Moral.

Nun ist ein gutes halbes Jahr vergangen und wir stehen mitten in einer der größten Finanzkrisen weltweit. Die globalisierten Märkte, die sich ungebremst und zum großen Teil unkontrolliert entwickelten, stehen unter einem ungeheuren Druck. Wir haben in den letzten Wochen und Monaten verfolgen können, wie versucht wird, mit staatlicher Hilfe den totalen Zusammenbruch zu verhindern.

Ich möchte an dieser Stelle nicht die einzelnen Maßnahmen beleuchten, die in den verschiedenen Ländern eingeleitet wurden bzw. werden. Nach meinem Gespräch im letzten Jahr fragte ich mich nach der Rolle der großen Einflussnehmer, die weltweit ganz offiziell agieren.

Insbesondere interessierten mich die Mittel des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und der Vereinigten Staaten, mit denen sie in die wirtschaftlichen Prozesse weltweit regulierend einzugreifen versuchten.

Und deshalb hatte ich mich schon im letzten Jahr zum Thema dieses Vortrags entschieden, nämlich über den so genannten „Washington Consensus“ zu referieren.

Ich muss voraus schicken, dass dieses Thema natürlich viel weit reichender ist, als ich es heute hier darstellen kann. Ich möchte mich darauf beschränken, die Grundzüge dieses Prozesses von seiner Entstehung bis heute darzulegen. Dazu möchte ich auch einige der wichtigsten Kritiken vorstellen, eine Antwort auf die Frage wagen: „Was hat uns die Globalisierung gebracht?“ - und einen Blick in die Zukunft werfen.

Dies alles stelle ich heute Abend Euch als Diskussionsgrundlage zur Verfügung.

2. Washington Consensus

2.1. Darstellung

Den Begriff „Washington Consensus“ prägte der Ökonom John Williamson 1989. Er fasste unter diesem Begriff die Punkte zusammen, die die US-amerikanische Politik gemeinsam mit der Weltbank und dem IWF als grundlegend für die wirtschaftspolitische Strategie gegenüber den lateinamerikanischen Staaten entwickelt hatte. In der Nachfolgezeit wurden diese Kriterien jeder wirtschaftlichen Hilfeleistung für in Not geratene Länder zugrunde gelegt.

Das 10-Punkte-Programm sah folgendermaßen aus:

1. **Haushaltsdisziplin:** das Defizits soll auf ein nichtinflationäres Niveau gesenkt werden
2. **Priorität** der Ausgaben soll sich auf die Bereiche Bildung, Gesundheit und Ausbau der Infrastruktur beziehen, Subventionen sollen möglichst abgebaut werden
3. **Steuerreform** zur Senkung der Steuersätze und Verbreiterung der Steuerbasis
4. **Zinssätze** sollen marktbestimmt sein und damit Kapitalflucht verhindern, was einer Liberalisierung des Finanzmarkts erreichen sollte
5. **Wechselkurse** sollten als wichtiges Element einer außenhandelsorientierten Handelspolitik wettbewerbsorientiert aufgestellt werden
6. **Handelsliberalisierung** (Zollsenkungen, Abbau von Mengenbeschränkungen)
7. Öffnung des eigenen Marktes für **ausländische Direktinvestitionen**
8. **Privatisierungen**
9. **Deregulierung** (Abschaffung von Markteintritts- und Austrittsbarrieren)
10. Schutz des **Privateigentums**

Die Verwendung des Begriffs „Konsens“ täuscht über die Tatsache hinweg, dass dabei nicht eine wirkliche Abstimmung vorgenommen wurde, die zu einem Einverständnis aller Beteiligten geführt hätte.

Tatsächlich waren diese Bedingungen, die an eine finanzielle Hilfeleistung geknüpft wurden, entwickelt worden, um in der damaligen zunehmend komplizierter werdenden Weltwirtschaftssituation eine Strukturierung vorzunehmen, die zu übersichtlicheren Verfahren verhelfen sollten.

Im Folgenden möchte ich kurz die Entwicklung der Weltbank als den eigentlichen Motor des Ablaufs darstellen. Klar ist dabei, dass „Weltbank“ nur ein Synonym ist für eine Gruppe von Institutionen, der sog. „Weltbankgruppe“, die mehrere Institute und Organisationen umfasst.

In ihren ersten 25 Jahren, der **ersten Phasen** setzte die Weltbank „Entwicklung“ mit „Wachstum“ gleich. Dementsprechend zielte die Entwicklungspolitik der Weltbank in erster Linie auf die Förderung von Wirtschaftswachstum. Als zentraler Entwicklungsindikator galt die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Als entscheidendes Entwicklungshemmnis wurde ein Mangel an Investitionskapital angesehen, der durch unzureichende interne Ersparnis hervorgerufen wurde. Durch massiven ausländischen Kapitalimport sollte ein investitionsinduzierter und sich selbst tragender Wachstumsprozess in Gang gesetzt werden. Die erzielten Wachstumserfolge würden sich mit der Zeit auf die gesamte Ökonomie ausbreiten und auf dem Wege eines ebenfalls weitgehend automatisch hergestellten Verteilungsprozesses * („Trickle-Down-Effekt“) letztlich allen (auch den ärmsten) Bevölkerungsschichten zugute kommen.

Da insbesondere in der Herstellung öffentlicher Infrastruktur und dem Aufbau so genannter Schlüsselindustrien eine Voraussetzung für die Entwicklung produktiver Wirtschaftssektoren und damit der restlichen Volkswirtschaft angesehen wurde, finanzierte die Weltbank in dieser Zeit in erster Linie **Infrastrukturprojekte**.

Die **zweite Phase** wurde durch die Präsidentschaft (1968 – 1981) des ehemaligen US-Verteidigungsministers Robert McNamara eingeläutet und bedeutete eine **Kehrtwende** bezüglich der bisherigen entwicklungspolitischen Ausrichtung der Weltbank: Die Verringerung der absoluten Armut wurde zum neuen entwicklungspolitischen Ziel erklärt. Wirtschaftswachstum wurde zwar immer noch als *notwendige*, jedoch nicht mehr als *hinreichende* Bedingung für Entwicklung angesehen. Eine so genannte *einkommensorientierte Grundbedürfnisstrategie* sollte zur Reduzierung der Armut in den Entwicklungsländern führen. Die unmittelbaren Ziele dieser neuen Strategie waren die direkte Verbesserung der Grundbedürfnisbefriedigung sowie die Einkommenserhöhung der Armen. Die Einkommen dieser Gruppe sollten insbesondere durch Produktivitätssteigerungen erhöht werden. An die Stelle des Trickle-Down-Ansatzes trat eine so genannte „Trickle-Up“-Vorstellung: Es wurde angenommen, dass die durch Produktivitätssteigerungen der armen Bevölkerung neu entstehenden Arbeitseinkommen positive Wachstumseffekte in den anderen Wirtschaftsbereichen auslösen würden.

Zu Beginn der 1980er Jahre befanden sich zahlreiche Entwicklungsländer in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage, die durch große Zahlungsbilanzdefizite – oft verbunden mit hoher Inflation – und geringes Wirtschaftswachstum gekennzeichnet war.

Als Ursachen für diese Krise wurden zum einen die ungünstigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen¹ gesehen. Zum anderen setzte sich bei der Weltbank zunehmend die Erkenntnis durch, dass die verfehlte Wirtschaftspolitik zahlreicher Entwicklungsländer² wesentlich zu den Ungleichgewichten der Zahlungsbilanz und den übrigen wirtschaftlichen Problemen beitrugen. Es wurde deutlich, dass die wirtschaftlichen Probleme und damit auch das Problem der Armut in den Entwicklungsländern nur zu lösen seien, indem ihre strukturellen Ursachen beseitigt werden. Darüber hinaus befanden sich zahlreiche Länder in einer „Schuldenkrise“: Ihre Auslandsverschuldung war in den späten 1960ern und frühen 1970er Jahren angestiegen. Das lag an verschiedenen, auch in den einzelnen Kontinenten wie Südamerika und Afrika nicht immer einheitlichen Gründen, die hier zu diskutieren zwar außerordentlich reizvoll wäre, uns aber auch zu mindestens einer Nachtsitzung zwänge.

Als Antwort auf diese Probleme änderte die Weltbank in einer **dritten Phase** ihre Entwicklungsstrategie. Diese neue Strategie sah vor, durch eine grundlegende Änderung der Strukturen in den Entwicklungsländern eine effizientere Nutzung der vorhandenen Ressourcen zu erreichen. Dadurch sollte die wirtschaftliche Lage der Länder stabilisiert und wirtschaftliches Wachstum angeregt werden. Wirtschaftswachstum avancierte somit wieder zum zentralen Entwicklungsziel, während Armutsbekämpfung nicht mehr als explizites Ziel in der Weltbankstrategie genannt wurde. Stattdessen gewann die Auffassung, dass wirtschaftliches Wachstum letztendlich über den Trickle-Down-Effekt allen Bevölkerungsteilen zugute komme, wieder an Akzeptanz.

¹ u. a. die beiden Ölpreiskrisen, die drastischen Veränderungen der Weltmarktpreise für Rohstoffe, der starke Anstieg des internationalen Zinsniveaus und die weltweite Rezession

² wie z. B. eine exzessive Binnenmarktorientierung und Abschottung vom Weltmarkt sowie Preis verzerrende staatliche Eingriffe in den Wirtschaftsablauf und expansive Nachfragepolitiken

Zusätzlich zu den bereits bestehenden Projekt- und Programmkrediten schuf die Weltbank als neues Instrument Struktur- und Sektoranpassungsdarlehen, deren Vergabe an wirtschafts- und besonders auch ordnungspolitische Auflagen gebunden war. Die Weltbank forderte die Durchführung von wirtschaftspolitischen Programmen, die zur mittelfristigen Umgestaltung der volkswirtschaftlichen Strukturen beitragen sollten. Diese Programme sind unter dem Begriff (SAP) „Strukturanpassungsprogramm“ in die entwicklungspolitische Diskussion eingegangen. Diese Programme führten zu einer Welle von ordnungspolitischen Änderungen gerade in finanzbedürftigen Ländern der dritten Welt, die zu einer Politik führten, deren Protagonisten am kürzesten mit Margret Thatcher und Ronald Reagan (*Reagonomics*) benannt werden können. Wirtschaftspolitisch standen sie der Idee des *knappen Geldes* nah, die Milton Friedman in Chicago entwickelte und der hierfür den Nobelpreis erhielt. 25 seiner Schüler chilenischer Abstammung gelten als die „Chicago boys“, von ihnen waren 14 zwischen 1972 und 1984 Wirtschafts- oder Handelsminister unter dem Diktator Augusto Pinochet in Chile.

In der **vierten Phase** fand das Ziel der Armutsreduzierung wieder Eingang in die entwicklungspolitische Strategie der Weltbank. In dem im Jahre 1990 veröffentlichten Weltentwicklungsbericht zum Thema „Armut“ formulierte die Weltbank eine Doppelstrategie zur Armutsbekämpfung. Das **erste Element** dieser Strategie ist die Schaffung von Einkommensmöglichkeiten für die Armen, die durch die effizientere Nutzung des Faktors Arbeit am wirtschaftlichen Wachstum beteiligt werden sollen. Das **zweite Element** ist die Steigerung des Lebensstandards der Armen und ihrer Fähigkeit der Einkommenserzielung durch die Bereitstellung grundlegender sozialer

Leistungen für die Armen. Im Mittelpunkt steht die Grundversorgung im Gesundheits-, Ernährungs- und Bildungsbereich. Ergänzt wird diese Strategie durch die Bereitstellung von Transfers und Sicherheitsnetzen, um diejenigen zu unterstützen, die nicht von der zweigleisigen Strategie profitieren können (z. B. Alte, Kranke und Behinderte).

Die **fünfte Phase** begann damit, dass die Weltbank gemeinsam mit dem IWF im Jahre 1999 ihre neue Entwicklungsstrategie vorstellte, in der Armutsbekämpfung zum obersten Ziel der Tätigkeiten der beiden Finanzinstitutionen ernannt wurde, auf das jetzt alle wirtschaftspolitischen Entscheidungen auszurichten sind. Im Rahmen dieser Strategie sollen von den Entwicklungsländern eigenverantwortlich und in einem breit angelegten partizipativen Prozess Strategien zur Armutsbekämpfung entwickelt werden.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich die Weltbank bisher dreimal, zumindest rhetorisch, explizit für das Ziel der Armutsreduzierung eingesetzt hat: Erstmals unter dem Weltbankpräsidenten McNamara, der mit seiner Strategie des „investment in the poor“ in den 1970ern die Armut direkt bekämpfen wollte. Zum zweiten Mal zu Beginn der 1990er Jahre mit der Betonung der „sozialen Dimensionierung von Anpassung“ im Rahmen der (SAP) Strukturanpassungsprogramme. Gegenwärtig macht die Weltbank mit einem neuen Konzept³ den dritten Versuch, die umfassende Armutsreduzierung in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten zu stellen.

³ Poverty Reduction Strategy Papers

2.2. „Augmented Washington Consensus“ nach Dani Rodrick

Der Washington Consensus mit seinen vorhin dargestellten zehn Punkten entspricht dem Paradigmenwechsel zwischen der dritten und der vierten Phase. John Williamson betonte auf einer Tagung in Berlin 2006, er würde heute die Rolle des Staates anders beurteilen und seine Bedeutung daher eher weniger in einer lediglich protektionistischen und damit aktiveren Rolle sehen.

Dieser Paradigmenwechsel führte zu einer Erweiterung der zehn Punkte, den Dani Rodrick 2003 als „Augmented⁴ Washington Consensus“ mit ebenfalls zehn Punkten zusammenfasste:

1. Verbesserung der „corporate governance“⁵
2. Korruptionsbekämpfung
3. Flexibilisierung der Arbeitsmärkte
4. Einhaltung der WTO-Regeln⁶
5. Einhaltung der internationalen Standards im Finanzsektor
6. Vorsichtige Öffnung der Kapitalmärkte
7. Entweder feste oder flexible Wechselkurse
8. Unabhängigkeit der Zentralbanken
9. Aufbau sozialer Sicherungssysteme
10. Armutsbekämpfung

Dani Rodrick hat in einem umfangreichen Aufsatz über Wachstumsstrategien im Jahre 2004 betont, dass „neoklassische Wirtschaftsanalysen erheblich flexibler sind als deren politische Adepten einzuräumen bereit sind“ (eigene Übersetzung). Von daher spricht er sich unter Punkt 7 für eine Gradlinigkeit bezüglich der Wechselkurse aus:

⁴ Hier im Sinne von: „verbessert“

⁵ Übereinstimmung in den Zielen

⁶ World Trade Organization – Welthandelsorganisation

entweder feste oder flexible Wechselkurse, aber nicht beides zugleich und nicht zu unterschiedlichen Währungen unterschiedlich gehandhabt. Seine wichtigsten Zusätze bezogen sich damit auf den Aufbau von marktfördernden Institutionen und der Installierung von Instrumenten zur Armutsbekämpfung.

2.3.Kritik

Joseph Stiglitz, ehemals Chefökonom der Weltbank und Träger des Ökonomienobelpreises, ist bei uns in Deutschland besonders durch seine drei Bücher *Die Schatten der Globalisierung* (2002), *The Roaring Nineties – Der entzauberte Boom* (2004) und *Die Chancen der Globalisierung* (2006) auch als Bestsellerautor bekannt. Er spricht sich nicht direkt gegen den Washington Consensus als Instrument aus. Er kritisiert aber die gleichförmige Anwendung auf alle Länder, ohne deren spezifische Situationen zu berücksichtigen und er vermisst den Bezug der Maßnahmen zu den sozialen Folgen. Das starre Festhalten an den Bedingungen des Consensus führte in vielen Fällen nicht zum erhofften Erfolg.

Er führt das Beispiel misslungener **Fungibilität**⁷ aus: Ein Diktator eines afrikanischen Landes wollte sich eine Prachtstraße vom außerhalb der Hauptstadt liegenden Flughafens in seine Residenz bauen lassen und ließ hierfür Steuern in seinem Land erheben. Gleichzeitig beantragte er Fördermittel bei der Weltbank. Die lehnte dieses Projekt ab, erklärte sich aber bereit, eine Ringstraße um die Hauptstadt für den besseren Warenverkehr zu finanzieren, die Flughafen und Gewerbegebiete verband. Der Diktator nahm an - und ließ gleichzeitig seine Prachtstraße bauen, da er ja vorher schon Steuern erhoben hatte und sie nun einsetzen konnte.

⁷ Als Begriff der Volkswirtschaft: „Gelder, die für einen bestimmten Zweck von außen zufließen, setzen Gelder für einen anderen Zweck frei.“ Stiglitz: Im Schatten der Globalisierung. 2002. S. 63

Die Handlung der Weltbank führte also dazu, dass die Bevölkerung die Kosten zweier Straßen zu tragen hatte, aber lediglich von einer profitieren konnte.

Stiglitz weist darauf hin, dass es Länder gibt, die streng den Vorgaben folgten und dabei Schiffbruch erlitten, wie beispielsweise Argentinien, andere blieben trotzdem stark abhängig von Transferzahlungen, hier führt er Uganda als Beispiel an.

Andere Länder, die die Bedingungen nicht so stark einhielten oder diese als Hilfe für die Erarbeitung einer langfristig angelegten Reformstrategie ansahen, konnten dagegen Wachstumserfolge verzeichnen, wie beispielsweise China.

Stiglitz hat das starre Bestehen des IWF auf den Kriterien des Washington Consensus in seinem Buch „Schatten der Globalisierung“ sehr ironisch beschrieben: „Wenn man einem Papagei den Spruch ‚fiskalische Austerität, Privatisierung und Marktöffnung‘ beigebracht hätte, dann hätte man in den achtziger und neunziger Jahren auf den Rat des IWF verzichten können.“⁸ Die rigorose Sparpolitik, die Reduktion des Staatseinflusses und die Öffnung des Marktes für den freien Warenaustausch, das waren die drei Säulen, auf denen der Washington Consensus gegründet wurde und die weder per se sich negativ auswirkten noch aber den Segen brachten, den die Verantwortlichen erwarteten.

Nimmt man beispielsweise die Marktliberalisierung, dann lässt sich feststellen, dass diese auf einer Theorie basiert, die verspricht, dass ein Land in jedem Fall davon profitieren wird. Dies setzt dabei aber voraus, dass die Märkte ohne Fehler sind und die Liberalisierung fair vonstatten geht.

⁸ Ebd. S.70

Die Theorie stellt auch fest, dass es Verlierer geben wird, die aber von den Gewinnern sozial abgefedert werden können. Ein Modell, das in der Praxis der Entwicklungsländer fast nie funktioniert. Und dann führt dieses wirtschaftliche Verhalten zu – wie Stiglitz betont - „reichen Ländern mit armen Menschen.“⁹

3. Ausblick, Resümee

Die Frage, die ich zu Beginn meines Vortrags gestellt hatte, will ich an diesem Punkt noch einmal stellen und zumindest den Versuch einer Antwort wagen:

„Was hat uns die Globalisierung gebracht?“ Und wie können wir die Zukunft in einer globalisierten Welt besser für alle gestalten?

Vor allem interessiert mich diese Frage aus der Sicht des Freimaurers, denn wir gehören ja einer globalen Vereinigung an, wir leben die positiven Aspekte eines weltweiten Austauschs und genießen die internationalen Kontakte. Also ist die Frage, was wir tun, was wir verändern können, an diesem Punkt nicht nur allgemein an uns gestellt, an uns Industrienationen, sondern auch konkret an uns als Freimaurer.

Wenn wir uns die Finanzkrisen der jüngsten Vergangenheit ansehen, dann lassen sich durchaus Gemeinsamkeiten des Scheiterns der Finanzmärkte erkennen, wenn auch hier wieder die Theorien die Problematik von verschiedenen Seiten beleuchten. Was letztendlich Verursacher der Krisen waren, wird durch die jeweilige Theoriebrille bewertet. Das können nach den Erklärungsansätzen der Vertreter des IWF hausgemachte Gründe sein, die in einer schlechten nationalen Wirtschaftspolitik lagen und die durch instabile Institutionen und die sehr engen (in asiatischen Ländern: oft auch

⁹ Stiglitz: Die Chancen der Globalisierung, 2008. S.91

persönlichen) Verflechtungen der Banken untereinander negativ beeinflusst wurden.

Aber egal, aus welcher Sicht wir die Mexiko-Krise, die Asienkrise, die Russlandkrise und die jetzige Weltwirtschaftskrise betrachten, einen überaus großen Anteil an den Krisen hatten und haben ungebremste Finanzströme. Investoren folgen mit ihren Anlagen den so genannten Bail-outs – also Rettungspaketen – des IWF und investieren in Länder, an die sie ohne die Sicherheiten des IWF nicht gedacht hätten.

Auch Stiglitz hat neben anderen Ökonomen die spekulativen Angriffe auf die Währungen dieser Länder kritisiert und sie für die nachfolgende Instabilität der Finanzmärkte und der wirtschaftlichen Krisen verantwortlich gemacht. Denn die nationalen Finanzmärkte sind oftmals auf den Ansturm der Geldmengen von außen nicht eingestellt, die eigene Währung gerät unter Druck, die Inflationsrate steigt ebenso wie die Zinsen. Die Folge ist, dass die Anleger jetzt ein Risiko ausmachen und nun schnellstmöglich ihre Anlagen aus den Ländern wieder abziehen. Und damit nimmt die Katastrophe ihren Lauf. Die Investitionen der international agierenden Finanzmanager sind eben nicht auf langfristige Sicht angelegt, die vielleicht helfen könnten, die jeweilige Wirtschaftskraft des Landes langsam aufzubauen, sondern sie sind in den allermeisten Fällen auf kurzfristige Gewinnmaximierung angelegt. Dass mit diesem Verhalten nationale Finanzmärkte an den Abgrund gedrängt werden können und Menschen unter den Folgen leiden, interessiert die Geldströme wenig.

Wir haben in den Industrienationen soziale Netze, die in einer Krisensituation wie der jetzigen, greifen, um die Folgen abzufedern. Allerdings sehen auch wir hier in Deutschland und in Westeuropa inzwischen, dass die Netze sich mehr und mehr spannen und wir aufpassen müssen, dass sie nicht reißen und viele abstürzen lassen. In den Entwicklungsländern gibt es nicht einmal Netze, die auffangen könnten, die Menschen sind sich in diesen Situationen selbst überlassen.

Hier sind wir also wieder bei denen, die dem Geld nachjagen, angelangt. Die modernen „Geldjäger“ unterwerfen allerdings mehr unschuldige Menschen unter die Knechtschaft, als dass sie selbst darunter zu leiden hätten. Freiheit wird im Grunde dabei für niemanden erreicht.

Die Frage ist also, wie die Globalisierung anders ausgestaltet werden kann. Wie können Menschen vor der Profitgier global handelnder Finanzmanager geschützt werden? Und wie können wir dazu beitragen, dass unsere Welt gerechter wird?

Es handelt sich dabei um die Fragen, welche Instrumente in einer globalisierten Welt eingesetzt werden können, die allen Menschen Vorteile bringen.

Grundsätze wie: Wenn es den Reichen eines armen Landes besser geht, wird es auch den Armen besser gehen, müssen zugunsten des Gegenteils aufgehoben werden.

Wenn es gelingt, den Menschen, die um ihr Überleben kämpfen müssen, eine solidere Basis für ihren Lebensunterhalt zu sichern, kann das zu einem Anstieg der wirtschaftlichen Kraft eines Landes und so zu einem Anstieg des Wohlstands für alle führen. Damit werden die Unterschiede zwischen Arm und Reich nicht aufgehoben, weil alle davon profitieren

können, aber die Kluft wird geringer und die interne Instabilität eines Landes durch soziale Ungerechtigkeiten kann gemildert und langfristig aufgehoben werden.

Letztlich bewegen wir uns mit dieser Fragestellung auf den Feldern Macht, Moral, Markt und Recht, wie es der Wissenschaftler Harald Müller in seinem Buch „Wie kann eine neue Weltordnung aussehen?“¹⁰ beschrieben hat. Ich kann hier natürlich nicht so ausführlich auf die verschiedenen Aspekte eingehen. Müller tut das in seinem Buch sehr verständlich und anschaulich.

Die vier Begriffe bezeichnen die Steuerungsmittel, die die Menschen im Laufe ihres Daseins selbst entwickelt haben. Nach Müller ist dabei das Recht neben den Erfindungen des Rades und der Schrift die „genialste Erfindung in der Geschichte der Menschheit.“¹¹ Es bietet seit jeher der Begegnung unterschiedlich starker Menschen gegenseitigen Schutz. Während im „Naturzustand“ der Starke immer dem Schwachen überlegen ist, gewährt im Rechtszustand das Recht dem Schwachen einen gewissen Schutz. Dabei gibt der Starke nicht all seine Vorteile ab, indem er sich gleichfalls unter geltendes Recht stellt, aber es gibt wenigstens eine annähernde Gleichheit.

Das Recht als solches bleibt mit den Bereichen Macht, Moral und Markt verbunden

- Es bietet der Macht beispielsweise die Möglichkeit, Konflikte ohne Gewalt, nämlich im rechtlichen Rahmen zu lösen.
- Es kann den moralischen Grundsätzen einer Gesellschaft folgen und diese verrechtlichen, es kann genauso gut den moralischen Veränderungen voraus eilen und Bedingungen schaffen, die eine

¹⁰ Harald Müller: Wie kann eine neue Weltordnung aussehen? Wege in eine nachhaltige Politik. Bonn 2008.

¹¹ Ebd. S. 217

Entwicklung der Moral, orientiert an neuen Gegebenheiten, unterstützen (Beispiel: Abschaffung der Todesstrafe in Deutschland, als die Mehrheit der Bevölkerung eigentlich noch nicht dafür war => Recht vor Moral)

- Es kann helfen, den Markt zu regulieren: „Der Markt ist blind für Gerechtigkeitsfragen. Das Recht muss ihm nachhelfen.“ Das gilt also insbesondere für die Bereiche, in denen der Markt von sich aus nicht eingreift: beispielsweise in Fällen der Umweltzerstörung, des Arbeitsschutzes, der sozialen Kompensation bei drohender Arbeitslosigkeit und bei der Verteilungsgerechtigkeit.

Bei den möglichen Steuerungsmitteln bleibt aber immer noch die Frage, wer sie denn einsetzen darf bzw. einsetzen muss. Und wer kontrolliert hier die Umsetzung?

Nach Müllers Überzeugung sind die Staaten in erster Linie diejenigen, die als Verantwortliche für ihre Bürgerinnen und Bürger in die Verhandlungen um ein handhabbares Recht zwischen den Völkern eintreten müssen. Das kann nur geschehen, wenn die Staaten die Einsicht gewinnen, dass das Miteinander auf rechtlich sicherem Boden für alle ein Gewinn sein kann, weil gewalttätige Konflikte die Wirtschaftsräume und natürlich die in ihnen lebenden Menschen aufs Nachhaltigste behindern oder gar zerstören.

Müllers Meinung nach geht dies alles nicht ohne die Mitwirkung der Zivilgesellschaft, der er eine „Kampagnenfähigkeit“¹² bescheinigt, die Regierungen nicht haben. Recht schaffen und umsetzen, dazu sind zurzeit die Staaten wohl am besten geeignet, doch die Institutionen und Organisationen der Zivilgesellschaft können bei der Durchsetzung und

¹² Ebd. S. 257

Umsetzung wertvolle Hilfe leisten. Nichtregierungsorganisationen können sich in politische Konflikte einmischen, ohne in den Geruch von egoistischem Kalkül zu geraten.

Uns, die wir uns als Freimaurer selbst mit der Aussage „Nur das Gesetz kann uns Freiheit geben“ unter Recht und Gesetz stellen, gibt die Fokussierung auf das Recht als Grundlage für die Schaffung einer gerechten Ordnung der Welt ein uns bekanntes Mittel an die Hand. Müller betont im abschließenden Kapitel seines Buchs: „Weltpolitik fängt bei uns an, nirgends sonst!“¹³

[Meine lieben Brr.,]

damit bin ich am Ende eines Parforcerittes durch ein sehr umfangreiches Thema angelangt.

Ich hoffe, dass ich mit diesen Schlaglichtern auch unter uns eine interessante Diskussion anregen kann, denn wenn einem Aspekt auch in diesem Bereich eine außerordentlich wichtige Rolle zukommt, dann ist es das Gespräch, der konstruktive Austausch über Gedanken und Meinungen.

Und das zweite Wichtige ist die Solidarität untereinander und mit den Menschen dieser Welt. Ich nutze das Beispiel, das auch Müller anführt: Auf die berechtigte Frage, ob denn einer allein in dieser Welt irgendetwas ausrichten kann, antwortet er mit einem klaren: „Nein!“ Aber er zitiert die Sage von König Sisyphos, der von den Göttern verurteilt worden war, nach seinem Tod einen großen Stein den Berg heraufzurollen, der, sobald oben angekommen, immer wieder herunterrollte.

¹³ Ebd. S. 309

So ähnlich mag auch das Unterfangen, für eine gerechtere Welt sich einzusetzen, einer erfolglosen Tätigkeit ähneln. Doch es gibt einen gravierenden Unterschied:

“Sisyphos war alleine. Hätte er genug Freunde dabei gehabt – er hätte es geschafft!“¹⁴

gez. Günther Meyer

¹⁴ Ebd.